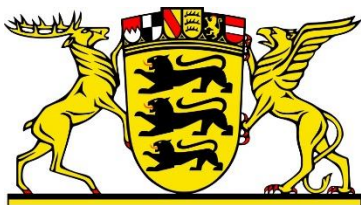




Revitalisierung des Neckars und Hochwasserschutz zwischen Brückenstraße und Ammermündung in Tübingen

Landschaftsplanerische Fachbeiträge

Anlage 3.5 UVP-Vorprüfung



Regierungspräsidium Tübingen



Anlage 3.5 UVP-Vorprüfung

Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls
gem. § 7 Abs. 1 UVPG

Auftraggeber

Regierungspräsidium Tübingen
Referat 53.2, Gewässer I. Ordnung, Hochwasserschutz und Gewässerökologie Neckar-Bodensee

Bearbeiter

Norbert Menz

Inhalt

1	Einordnung des Vorhabens gemäß § 7 UVPG.....	3
2	Vorgehen bei der Vorprüfung des Einzelfalls.....	3
3	Kurzbeschreibung des Vorhabens.....	4
4	Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 Abs 1 UVPG	6

Anerkannt: Tübingen, 31.01.2022 Regierungspräsidium Tübingen, Abt. Umwelt	Verfasst: Tübingen, 17.01.2022 menz umweltplanung
gez. Lothar Heissel	gez. Norbert Menz

Datengrundlage Abbildungen und Pläne (sofern nicht abweichend gekennzeichnet):
Geobasisdaten © Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg,
www.lgl-bw.de, Az.: 2851.9-1/19

Geofachdaten © Landesverwaltung Baden-Württemberg

www.menz-umweltplanung.de

info@menz-umweltplanung.de

Magazinplatz 1
72072 Tübingen

Tel 07071 - 440235
Fax 07071 - 440236

1 Einordnung des Vorhabens gemäß § 7 UVPG

Bei der geplanten Revitalisierungs- und Hochwasserschutzmaßnahme handelt es sich gem. Ziffer 13.13 der Anlage 1 des UVPG um den „Bau eines Deiches oder Dammes, der den Hochwasserabfluss beeinflusst“ und gem. Ziffer 13.18.1 um eine „sonstige „Ausbaumaßnahme im Sinne des Wasserhaushaltsgesetzes“ bei der es sich nicht um den naturnahen Ausbau eines Bachs, Grabens, Rückhaltenbeckens, Teichs und kleinräumige naturnahe Umgestaltung handelt. In Beiden Fällen ist eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 7 Abs. 1 UVPG erforderlich.

2 Vorgehen bei der Vorprüfung des Einzelfalls

Nach § 7 Abs. 1 UVPG hat eine überschlägige Prüfung des Vorhabens nach den in Anlage 3 des UVPG genannten Kriterien zu erfolgen.

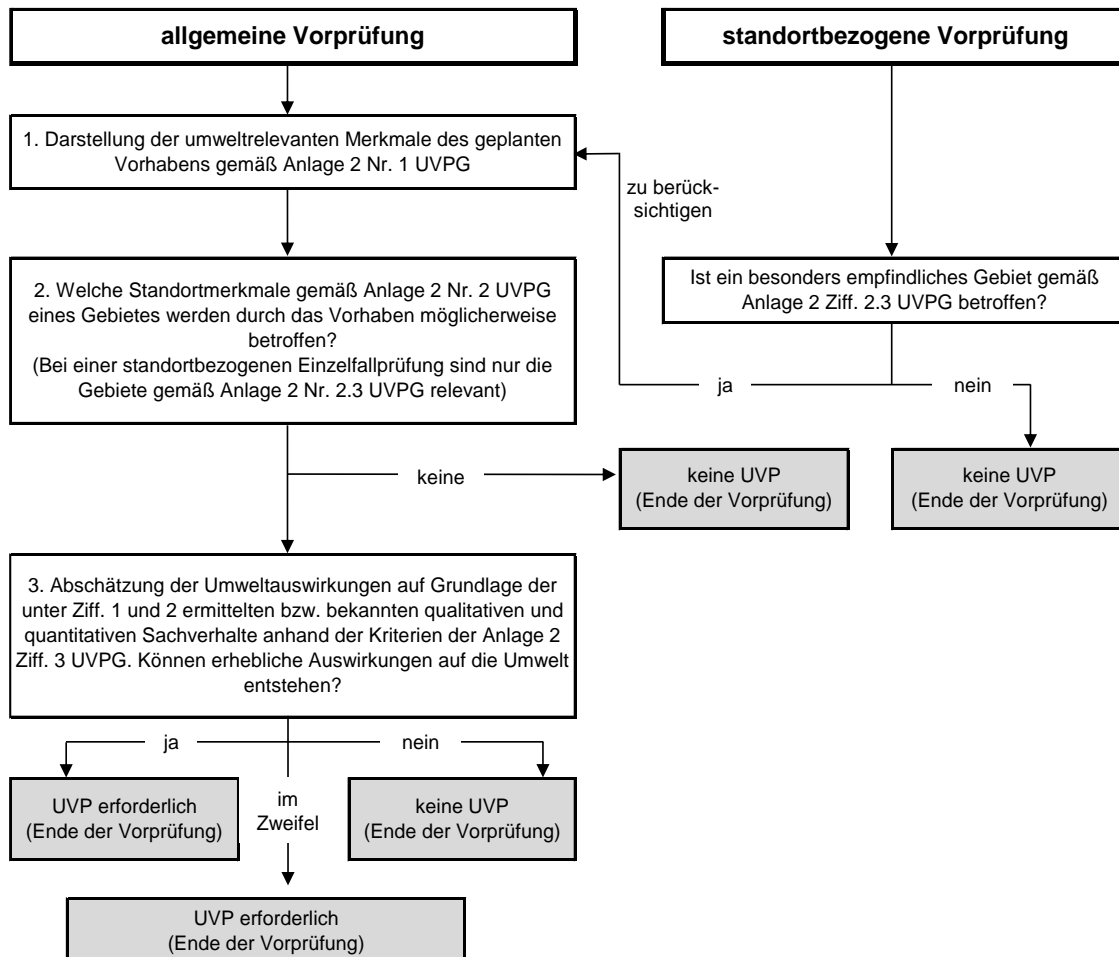
Die zu prüfenden Kriterien lassen sich danach wie folgt zusammenfassen (vgl. auch BMU 2003¹):

1. Merkmale des Vorhabens im Sinne von Art und Umfang der Inanspruchnahme von Grund und Boden, Nutzung und Veränderung von Naturgütern und Landschaft, Abgabe von Stoffen an die Umwelt und Unfallrisiken. Es ist zu prüfen, ob allein durch den Umfang des Vorhabens und seiner Wirkfaktoren unabhängig vom betroffenen Standort erhebliche Umweltauswirkungen möglich sind. Ist dies zu bejahen besteht die Pflicht zur Prüfung der Umweltverträglichkeit und die Vorprüfung kann an dieser Stelle beendet werden.
2. Ökologische Empfindlichkeit des betroffenen Gebietes unter Berücksichtigung möglicherweise empfindlicher Nutzungen, besonderer Umweltqualitäten und besonderer Schutzbedürftigkeit der Umwelt (standortbezogene Kriterien).
3. Mögliche nachteilige Auswirkungen, die in den Schritten 1 und 2 ermittelt wurden, sind hinsichtlich der möglichen Erheblichkeit nach den Kriterien Ausmaß der Auswirkungen, etwaiger grenzüberschreitender Charakter, Schwere und Komplexität, Eintrittswahrscheinlichkeit, Dauer, Häufigkeit und Reversibilität zu beurteilen.

Vorhaben, die nur einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls unterliegen, sind nach den gleichen Kriterien zu prüfen, wenn durch sie Natura 2000-Gebiete, nach § 20 BNatSchG geschützte Teile von Natur und Landschaft oder gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG betroffen sind.

¹ BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT (2003): Leitfaden zur Vorprüfung des Einzelfalls im Rahmen der Feststellung der UVP-Pflicht von Projekten. – www.bmu.de, zul. aufgerufen am 26.07.2016.

Abb. 1: Ablaufschema von allgemeiner und standortbezogener Vorprüfung des Einzelfalls (nach HOFFMANN-LOSS zitiert in BMU (2003))¹



3 Kurzbeschreibung des Vorhabens

Das Land Baden-Württemberg verfolgt das Ziel, natürliche Fließgewässer in einem guten ökologischen Zustand gem. Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) und § 27 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) zu erhalten, beziehungsweise dort, wo dieser nicht gegeben ist, Maßnahmen zu ergreifen, um mittelfristig einen guten ökologischen Zustand zu erzielen.

Mit dem Gemeinschaftsprojekt „Flusspark Neckaraue“ verfolgt das Regierungspräsidium Tübingen gemeinsam mit der Universitätsstadt Tübingen das Ziel, den Neckar ökologisch aufzuwerten, den Hochwasserschutz für angrenzende Gewerbe- und Baugebiete zu verbessern und den Naherholungsraum aufzuwerten.

Gegenstand der Genehmigungsplanung sind die Revitalisierungsmaßnahmen am Neckar und die Hochwasserschutzmaßnahmen. Die Stadt

verfolgt gleichzeitig die Umgestaltung des bestehenden Parks zwischen Neckar und Gartenstraße, diese Umgestaltung ist nicht Bestandteil der beantragten Genehmigung.

Zur **Revitalisierung des Neckars** sollen die bestehenden Uferbefestigungen in größerem Umfang beseitigt und dem Gewässer im Bereich der neu zu schaffenden Inselstrukturen Raum zur Eigenentwicklung der Ufer gegeben werden. Durch strömungslenkende Einbauten sowie Vor- und Rücksprünge der Ufer soll eine größere Fließdynamik mit der Folge einer vielfältigen Entwicklung von Ufer- und Sohlstrukturen entstehen.

Zentrales Element stellt ein neuer Seitenarm, der am linken Ufer erstellt werden soll, dar. Durch ihn soll eine typische Abfolge von Prall- und Gleithang mit einer gut durchströmten Fließrinne entstehen. Das bisherige Ufer bildet später zum Teil eine Insel.

Zwischen der Ausleitung des Triebwassers und dem Seitenarm soll das Flussprofil aufgeweitet und durch Strukturelemente eine größere Vielfalt an Sohl- und Uferstrukturen geschaffen werden. Zugleich wird hier der Stromstrich bei niedrigen Wasserständen so gelenkt, dass die Hauptströmung durch den neuen Seitenarm gelangt. Die bestehenden Kiesinseln unterhalb des Wehres bleiben erhalten.

In den bestehenden Uferbewuchs wird stellenweise eingegriffen. Dabei wird auf bestehende Habitatbäumen weitgehend Rücksicht genommen, aber auch die zukünftige Entwicklung von Habitatbäumen berücksichtigt. Auf den heutigen Vorländern wird für eine ausgedehntere Entwicklung des gewässerbegleitenden Auwaldstreifens gesorgt.

Durch besucherlenkende Maßnahmen soll die Funktion als Erholungsraum so gesteuert werden, dass störungsärmere Bereiche am Fluss gewährleistet werden.

Zum Schutz des Gewerbegebiets „Unterer Wert“ und eines Wohngebietes entlang des Neckars zwischen Stuttgarter Straße und Ammermündung vor **Hochwasser**, sollen entlang der Bismarckstraße und entlang eines Fußweges am Neckar Mauern und auf kurzen Abschnitten Deiche errichtet werden. Die durchschnittliche Höhe beträgt 1 m.

Das Projektgebiet erstreckt sich entlang des Neckars von dem Wasserkraftwerk in der Brückenstraße bis zur Mündung der Ammer (Abb. 2).

Abb. 2: Lage der geplanten Umgestaltung



Die Vorprüfung erfolgt auf der Grundlage der Entwurfsunterlagen zur Gewässerrevitalisierung mit Stand vom 11.01.2022 und der Entwurfsplanung zum Hochwasserschutz mit Stand vom 11.01.2022.

4 Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 Abs 1 UVPG

Der nachfolgende Prüfkatalog wurde im Wesentlichen in Anlehnung an einen Vorschlag der FGSV (2005)² erstellt und inhaltlich hinsichtlich der Belange wasserwirtschaftlicher Vorhaben und der Fortschreibungen des UVPG abgeändert. Er dient zur Aufbereitung der Prüfkriterien nach Anlage 3 des UVPG.

² Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen 2005: Hinweise zur Prüfung der UVP-Pflicht von Bundesfernstraßenvorhaben. – FGSV Verlag 16 S, Köln.

1	Merkmale des Vorhabens <input checked="" type="checkbox"/> Ausbau eines Gewässers <input type="checkbox"/> Änderung/Erweiterung eines Gewässers Die Merkmale eines Vorhabens sind insbesondere hinsichtlich folgender Kriterien zu beurteilen:	Art /Umfang
1.1	Größe und Ausgestaltung des gesamten Vorhabens	Revitalisierung des Neckars auf einer Länge von 835 m, Hochwasserschutzbauten (vorwiegend Mauern) entlang der Bismarckstraße und zwischen Stuttgarter Straße und Ammermündung mit einer Länge von insgesamt 1 500 m.
1.2	Zusammenwirken mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben und Tätigkeiten	Von einem Zusammenwirken mit der Umgestaltung des Parks entlang der Gartenstraße ist auszugehen. Die Flächen des Parks werden teilweise für die Baustelleneinrichtung genutzt und die Umgestaltung des Parks ist mit der Wegeführung auf die Umgestaltung des Neckars ausgerichtet.
1.3	Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	Flächeninanspruchnahme: Anlagebedingt: 3,6 ha, Baubedingt: ca. 0,4 ha. Die Umgestaltungsmaßnahmen werden ausschließlich auf den Gewässerparzellen, einer linksufrig angrenzenden Parkanlage und im Bereich vorhandener Straßen und Wege durchgeführt.
1.4	Erzeugung von Abfällen im Sinne von § 3 Absatz 1 und 8 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes	Die Anlage erzeugt keine Abfälle. Während des Baus fällt Erdaushub an. Dieser wird zu einem späteren Zeitpunkt beprobt. Sofern Belastungen festzustellen sind, erfolgt die Behandlung des Bodens nach den einschlägigen Vorschriften. Ein Altlastenstandort im Bereich eines ehemaligen Neckararms wird nicht überplant.
1.5	Umweltverschmutzung und Belästigungen	Durch den Baubetrieb kann es im üblichen Umfang zu vorübergehenden Belästigungen der Anwohner kommen, diese werden jedoch nicht als erhebliche Umweltauswirkung gewertet.

1.6	Risiken von Störfällen, Unfällen und Katastrophen, die für das Vorhaben von Bedeutung sind, einschließlich der Störfälle, Unfälle und Katastrophen, die wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge durch den Klimawandel bedingt sind, insbesondere mit Blick auf:	Solche Wirkungen sind nicht zu erwarten. Im Gegenteil bewirken die Hochwasserschutzmaßnahmen eine Verringerung von Risiken, die in Verbindung mit der Ausuferung des Neckars stehen. Da linksufrig ein großes Gewerbe- und Industriegebiet überschwemmt wird, welches zukünftig vor Hochwasser geschützt ist, muss mit einer erheblichen Entlastung gerechnet werden. Dies gilt insbesondere angesichts der erhöhten Hochwasserrisiken in Verbindung mit dem Klimawandel.
1.6.1	verwendete Stoffe und Technologien	Die Umgestaltungen am Neckar werden in konventioneller Erdbauweise erstellt. Für die Ufer- und Sohlbefestigungen kommen ausschließlich gebrochene mineralische Baustoffe und lebende sowie tote Pflanzen und Pflanzenteile zum Einsatz. Die Hochwasserschutzanlagen bestehen im Wesentlichen aus Stahlbetonmauern und Natursteinmauern. Die Wege entlang der Bismarckstraße erhalten eine bitumenhaltige Oberflächenbefestigung.
1.6.2	die Anfälligkeit des Vorhabens für Störfälle im Sinne des § 2 Nummer 7 der Störfall-Verordnung, insbesondere aufgrund seiner Verwirklichung innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes zu Betriebsbereichen im Sinne des § 3 Absatz 5a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes	Das Vorhaben ist nicht störanfällig im Sinne der Störfallverordnung.
1.7	Risiken für die menschliche Gesundheit, z.B. durch Verunreinigungen von Wasser oder Luft	Es sind keine Beeinträchtigungen der Luft zu erwarten. Verunreinigungen des Trinkwassers während der Baumaßnahmen sind möglich und müssen durch entsprechende Schutzvorkehrungen vermieden werden.

2	Standort des Vorhabens Die ökologische Empfindlichkeit eines Gebietes, das durch ein Vorhaben möglicherweise beeinträchtigt wird, ist insbesondere hinsichtlich folgender Nutzungs- und Schutzkriterien unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens mit anderen Vorhaben in ihrem gemeinsamen Einwirkungsbereich zu beurteilen:	Art /Umfang
2.1	bestehende Nutzung des Gebietes, insbesondere als Fläche für Siedlung und Erholung, für land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Nutzungen, für sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen, Verkehr, Ver- und Entsorgung (Nutzungskriterien)	Der größte Teil der umzugestaltenden Fläche wird als Gewässerbett mit entsprechenden Vorländern genutzt. Linksufrig grenzen zwischen dem Flusskraftwerk und Stuttgarter Straße ein öffentlicher Park und Sportstätten eines Tennisvereins an. Innerhalb des Parks findet auf einer Teilfläche gärtnerische Nutzung statt. Für die Hochwasserschutzbauten werden zum Teil auch gewässerbegleitende Wege und Straßen genutzt.
2.2	Reichtum, Verfügbarkeit, Qualität und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Landschaft, Wasser, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, des Gebietes und seines Untergrunds (Qualitätskriterien)	<p>Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt: Lokale Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz. Von Bedeutung sind vor allem die naturnahen Gewässerstrukturen unterhalb des Wehres (außerhalb der Baumaßnahmen) und die Gehölzbestände als Nist- und Quartierbäume für Vögel und Fledermäuse, sowie der Neckar als Jagdgebiet für Fledermäuse.</p> <p>Fläche/Boden: Im gesamten Planungsgebiet sind die Böden anthropogen überformt, es stehen keine natürlichen Böden an.</p> <p>Wasser: Die Maßnahmen erfolgen im Grundwasser-einzugsgebiet der Brunnen im unteren Neckartal, die Schutzzone III grenzt im Südosten unmittelbar an das rechte Ufer des Neckars an. Das Gewässerbett wird bis zu einem 10-jährlichen Hochwasser geflutet, Hochwasser größerer Jährlichkeit tritt über die Ufer.</p>

		Landschaft, Erholung, Kulturgüter: Die Vorländer und der öffentliche Park werden intensiv für die Kurzzeiterholung genutzt. Die Wasserfläche selbst dient zum Teil dem Wassersport (Rudern).
2.3	Belastbarkeit der Schutzgüter unter besonderer Berücksichtigung folgender Gebiete und von Art und Umfang des ihnen jeweils zugewiesenen Schutzes (Schutzkriterien):	
2.3.1	Natura 2000-Gebiete nach § 7 Absatz 1 Nummer 8 des Bundesnaturschutzgesetzes	nicht betroffen
2.3.2	Naturschutzgebiete nach § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit nicht bereits von Nummer 2.3.1 erfasst	nicht betroffen
2.3.3	Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit nicht bereits von 2.3.1 erfasst	nicht betroffen
2.3.4	Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete gemäß den §§ 25 und 26 des Bundesnaturschutzgesetzes	nicht betroffen
2.3.5	Naturdenkmale nach § 28 des Bundesnaturschutzgesetzes	nicht betroffen
2.3.6	geschützte Landschaftsbestandteile, einschließlich Alleen, nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes	nicht betroffen
2.3.7	gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 des Bundesnaturschutzgesetzes und § 33 NatSchG	Uferweidengebüsche am Wehr und mit kleineren Teilflächen entlang des weiteren Neckarufers

2.3.8	Wasserschutzgebiete nach § 51 des Wasserhaushaltsgesetzes, Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes, Risikogebiete nach § 73 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes sowie Überschwemmungsgebiete nach § 76 des Wasserhaushaltsgesetzes	<p>Das Wasserschutzgebiet „Unteres Neckartal“ reicht mit der Schutzzone IIIB bis an das rechte Mittelwasserufer des Neckars. In diesen Bereichen wird die Hochwasserschutzmauer errichtet und zum Teil auch die Uferumgestaltung stattfinden.</p> <p>Eine besondere Empfindlichkeit des Wasserschutzgebiets besteht während des Baus. Zudem haben die Deckschichten eine Bedeutung für den Grundwasserschutz</p> <p>Die Maßnahmen finden innerhalb der Überflutungsflächen des Neckars statt. Durch die Hochwasserschutzmaßnahmen wird ein Teil der Überflutungsflächen entfallen. Wohngebiete werden in der Größenordnung von 2,6 ha ausgedeicht, von den Gewerbe- und Industriegebietsflächen werden 24,6 ha ausgedeicht. Dem steht allerdings eine erhebliche Entlastung vom Risiko von Havarien während Hochwasserereignissen gegenüber. Auch das Überschwemmungsgebiet ist gegenüber baubedingten Belastungen empfindlich.</p>
2.3.9	Gebiete, in denen die in Vorschriften der Europäischen Union festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind	nicht betroffen
2.3.10	Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere Zentrale Orte im Sinne des § 2 Absatz 2 Nummer 2 des Raumordnungsgesetzes	nicht betroffen
2.3.11	in amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmäler oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind	nicht betroffen

3	<p>Art und Merkmale der möglichen Auswirkungen</p> <p>Die möglichen erheblichen Auswirkungen eines Vorhabens auf die Schutzgüter sind anhand der unter den Nummern 1 und 2 aufgeführten Kriterien zu beurteilen; dabei ist insbesondere folgenden Gesichtspunkten Rechnung zu tragen:</p>	
3.1	<p>der Art und dem Ausmaß der Auswirkungen, insbesondere, welches geographische Gebiet betroffen ist und wie viele Personen von den Auswirkungen voraussichtlich betroffen sind</p>	<p>Die Auswirkungen finden im Westlichen der Großlandschaft Schwäbisches-Keuper-Lias-Land (= Naturraum 3. Ordnung) und in dieser im Naturraum Schönbuch und Glemswald (= Naturraum 4. Ordnung) statt.</p> <p>Durch die Hochwasserschutzmaßnahmen werden ca. 40 Wohngebäude und 70 Betriebe vom Hochwasser entlastet.</p> <p>Vom unmittelbaren Baustellenbetrieb sind 33 Wohngebäude in der Nachbarschaft entlang der Gartenstraße und 12 Wohngebäude zwischen Stuttgarter Straße und Ammermündung betroffen. Außergewöhnliche Belastungen sind nicht zu erwarten.</p> <p>Der öffentliche Park und der Neckar werden von Erholungssuchenden genutzt, Am Tag halten sich im Park und am linken Ufer durchschnittlich 20 Personen/h auf, am rechten Ufer sind es ca. 5 Personen/h (Eigene Schätzung). Während des Baus wird es zu Einschränkungen für den Besucherverkehr kommen. Nach Fertigstellung ist von einer Attraktivitätssteigerung auszugehen.</p> <p>Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt: Für die Revitalisierung des Neckars wird zunächst massiv in das Gewässerbett eingegriffen. Die Änderungen führen aber zu einer stärkeren Dynamik und Diversität des Gewässers und des Gewässerbetts, sodass sich mittelfristig eine höhere biologische Vielfalt einstellen wird. Bei der Umgestaltung wird darauf geachtet, dass ein großer</p>

		<p>Teil der alten Gehölze als Habitatbäume erhalten bleiben, aber auch Bäume, die sich in naher Zukunft zu solchen Habitaten entwickeln werden Bestand haben. Auf lange Sicht wird durch das umgestaltete Gewässerbett ein höheres Potenzial als Auwaldstreifen mit den einschlägigen Habitaten entstehen. Auch die Qualität als Lebensraum für Insekten wird sich verbessern, damit einher geht die Aufwertung als Jagdhabitat für Fledermäuse.</p> <p>Fläche/Boden: Es sind ausschließlich anthropogen veränderte Böden betroffen, da sämtliche Maßnahmen im korrigieren Gewässerbett des Neckars und den baulich beeinflussten Rändern des Gewässers stattfinden. Funktionsverluste sind in den durch Hochwasserschutzmauern und Wegen versiegelten Flächen im Umfang von ca. 2 320 m² zu erwarten.</p> <p>Grund- und Oberflächenwasser: Beeinträchtigungen des Grundwassers können während des Baus auftreten. Gleiches gilt für den Neckar und sein Überschwemmungsgebiet.</p> <p>Landschaftsbild und Erholung: Es sind baubedingt Einschränkung der Wegeverbindungen zu erwarten. Sowohl die Erholungseignung als auch das Landschaftsbild erfahren durch die geplanten Revitalisierungsmaßnahmen eine deutliche Aufwertung. Dem stehen optischen Beeinträchtigungen im Verkehrsraum der Bismarckstraße durch die im Mittel ca. 1 m hohe Hochwasserschutzmauern gegenüber.</p> <p>Kulturgüter Kulturgüter sind durch die Maßnahmen nicht betroffen.</p> <p>Wechselwirkungen Bedeutende Wechselwirkungen bestehen zwischen den Schutzgütern Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt und Mensch durch die Erholungsnutzung. Die Nähe zur Stadt bewirkt zwangsläufig, dass die attraktive Flusslandschafts auch zur Erholung genutzt</p>
--	--	---

		<p>wird. Ohne eine gezielte Besucherlenkung kann der Erholungsdruck zu einer Belastung für Flora und Fauna führen.</p> <p>Artenschutz: Eine mögliche Betroffenheit naturschutzrechtlich relevanter Arten kann durch Schutzmaßnahmen und vorgezogenen funktionserhaltenden Maßnahmen vermieden werden.</p> <p>Schutzgebiete: <u>Geschützte Biotop:</u> Für die vorübergehende Inanspruchnahme geschützter Biotop ist eine Ausnahme nach § 30 Abs 3 BNatSchG notwendig. Der Ausgleich erfolgt im Wesentlichen durch die Wiederherstellung der betroffenen Biotop. Es ist zu erwarten, dass sich der Anteil gesetzlich geschützter Biotop erhöht, insbesondere der Fluss selbst kann zukünftig teilweise als naturnaher Flussabschnitt geschützt sein.</p> <p><u>ÜSG:</u> Die Hochwasserschutzmaßnahmen führen bei einem Hochwasserereignis mit Jährlichkeiten von mehr als 10 Jahren zu einem Retentionsraumverlust. Dabei handelt es sich aber ausnahmslos um zu schützende bebauten Flächen. Durch die Ausdeichung erhöht sich oberstromig bei HQ_{100K} der Wasserspiegel um bis zu 0,4 m, dadurch sind keine Gebäude betroffen. Eine unterstromige Erhöhung des Abflusses ist nicht zu erwarten. Die Ausdeichung bewirkt durch den Schutz eine Entlastung des Gewässers vor Havarien im Hochwasserfall. Während des Baus werden Aushubzwischenlager innerhalb des Überschwemmungsgebietes angelegt. Da es sich um kurzzeitige Ablagerungen handelt und der Aushub zugleich innerhalb des Flussquerschnittes zu einer Erhöhung des Retentionsvolumens führt werden die Auswirkungen als nicht erheblich eingestuft.</p> <p><u>WSG:</u> Im Bereich des rechten Neckarufers kommt es zu einer Verringerung der Deckschichten. Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass dies als „wesentliche flächenhafte Verringerung und Schwächung der Deckschichten“ im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 12 der Schutzgebietsverordnung zu werten ist.</p>
--	--	--

		<p>Das vorgesehene Bodenlager im Bereich der Bismarckstraße liegt in Schutzzone III des WSG. Es ist vorgesehen, in diesem Lager keinen belasteten Aushub zwischenzulagern. Dadurch werden Beeinträchtigungen des Grundwassers vermeiden.</p> <p>Während des Baus besteht das Risiko von Havarien, dem durch besondere Schutzvorkehrungen entgegenzuwirken ist (Verwendung biologisch abbaubarer Hydrauliköle, Vorhalten von Ölsperren, Alarmplan).</p>
3.2	dem etwaigen grenzüberschreitenden Charakter der Auswirkungen	nicht relevant
3.3	der Schwere und der Komplexität der Auswirkungen	Es sind keine schweren und komplexen negativen Auswirkungen zu erwarten
3.4	der Wahrscheinlichkeit von Auswirkungen	Die Umweltauswirkungen sind gut prognostizierbar, Prognoseunsicherheiten bestehen hinsichtlich der Wechselwirkungen. Durch das vorgesehene Monitoring wird dazu Klarheit geschaffen.
3.5	dem voraussichtlichen Zeitpunkt des Eintretens sowie der Dauer, Häufigkeit und Umkehrbarkeit der Auswirkungen	Mit Beginn der Bauarbeiten treten die vorübergehenden negativen Auswirkungen ein. Es ist mit einer Bauzeit von 9 Monaten zu rechnen, in dieser Zeit Belastungen zu erwarten. Mit Abschluss der Bauarbeiten setzt die gewünschte Entwicklung zu einem naturnahen Gewässer ein, Erfahrungsgemäß sind positive Auswirkungen auf die Gewässerfauna bereits nach einem Jahr zu beobachten. Gleiches gilt für die Entwicklung der Ufervegetation. Eine vollständige Entwicklung der beabsichtigten Habitate erfordert einen Zeitraum von fünf bis 10 Jahren.
3.6	dem Zusammenwirken der Auswirkungen mit den Auswirkungen anderer bestehender oder zugelassener Vorhaben	Ein Zusammenwirken des Vorhabens mit der Umgestaltung des linksufrigen Parks ist sehr wahrscheinlich. Dies gilt insbesondere für die besucherlenkenden Maßnahmen. Weitere Zusammenwirkungen sind mit einem geplanten Gasleitungsdüker zu erwarten.
3.7	der Möglichkeit, die Auswirkungen wirksam zu verhindern	Durch Schutzmaßnahmen können baubedingte Beeinträchtigungen des Überschwemmungsgebiets und des Wasserschutzgebietes vermeiden werden. Artenschutzrechtliche Konflikte können so weit vermieden werden, dass keine Ausnahme erforderlich wird.

<p>4</p>	<p>Gesamteinschätzung der Auswirkungen des Vorhabens</p> <p>Besteht die Möglichkeit, dass von dem Vorhaben aufgrund der oben beschriebenen Auswirkungen erhebliche und nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt ausgehen?</p> <p>Wenn ja: UVP-Pflicht.</p> <p>Wird dies verneint, ist dies zusammenfassend zu begründen. Diese Gesamteinschätzung kann vom Antragsteller vorbereitet werden. Zuständig für die Entscheidung ist die Genehmigungsbehörde.</p> <p>Die Begründung soll die Beurteilung der Erheblichkeit möglicher Auswirkungen des Vorhabens enthalten und erläutern, warum aus Sicht des Antragstellers keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Erst die argumentative Zusammenfassung der einzelnen Teile des Prüfkataloges ermöglicht eine Einschätzung der Erheblichkeit möglicher Auswirkungen und eine Gesamteinschätzung.</p>	<p>nein</p> <p><input type="checkbox"/></p>	<p>ja (UVP-Pflicht)</p> <p><input checked="" type="checkbox"/></p>
<p>Während des Baus kommt es zu längeren Beeinträchtigungen der Erholungsnutzung und zu Belastungen durch den Baustellenverkehr. Zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht zu beurteilen, ob diese Belastungen zu erheblichen Umweltauswirkungen führen.</p> <p>Die Beeinträchtigungen des Wasserschutzgebietes können nur durch Auflagen für den Baubetrieb vermeiden werden, diese sind noch zu bestimmen. Ob die Verringerung der Deckschichten als wesentlich im Sinne der Schutzgebietsverordnung zu beurteilen ist, muss von der Unteren Wasserbehörde entschieden werden.</p> <p>Beeinträchtigungen besonders geschützter Biotopie können zum Teil nicht vermeiden werden. Es besteht eine grundsätzliche Zulassungsfähigkeit, da Ausgleichsmaßnahmen den Fortbestand der Biotopie im Umgestaltungsbereich ermöglichen.</p> <p>Zusammenfassend geht der Vorhabensträger davon aus, dass erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen möglich sind, da einige betroffene Umweltaspekte bei der Zulassungsentscheidung ein besonderes Gewicht haben. Eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird daher bestehen.</p>			